



Presseschau vom 20.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Augustputsch gegen Gorbatschow: Wer ist schuld am Zusammenbruch der Sowjetunion?**

Vor 30 Jahren wollte eine Gruppe von Staatsfunktionären mit einer versuchten Machtergreifung die Sowjetunion retten. Doch das ging schief – sie wurden verhaftet, und der Zerfall des Staates wurde erst recht beschleunigt. War also der gescheiterte Putsch das Problem? ...

<https://kurz.rt.com/2mpa>

Kaspar Sachse: **Vom mündigen Bürger zum gläsernen Untertanen: Ein globalistisches Trauerspiel in drei Akten**

Überwachungs-Apps, digitale Impfpässe, Bargeldabschaffung und Klimalockdown – alles Verschwörungstheorie? Mitnichten! Willkommen im neuen "Wertewesten" aus Regierenden und Untertanen – Deutschland ist wie so oft ganz vorne mit dabei. ...

<https://kurz.rt.com/2mll>

de.rt.com: **App für "Hilfssheriffs": Gelsenkirchener sollen dem Ordnungsamt zur Hand gehen**

Wer kennt das nicht: zugeparkte Einfahrt, zugeparkter Radweg oder widerrechtlich abgeladener Müll. Normalerweise kümmert sich darum das zuständige Ordnungsamt. In

Gelsenkirchen soll dieses nun aber Verstärkung bekommen – und zwar von den Bürgern der Stadt. ...

<https://kurz.rt.com/2mr1>

Dagmar Henn: Abschiedsshow auf dem Flughafen Kabul

Jetzt müssen unbedingt die afghanischen "Ortskräfte" gerettet werden, sagt die Bundesregierung und schickt frisches Militär nach Kabul. 40 Millionen Euro soll der Einsatz kosten, den der Bundestag nachträglich absegnen soll. Aber irgendwie ist die Geschichte seltsam. ...

<https://kurz.rt.com/2moy>

Nikolaj Jolkin: Merkel will nicht als eine Bundeskanzlerin, die Russland verloren hat, in die Geschichte eingehen

Nach 16 Jahren konstruktiver Zusammenarbeit mit Wladimir Putin will sie nun laut dem Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums, Alexander Rahr, am Ende ihrer Amtszeit einen positiven Schlusspunkt in der deutschen Russlandpolitik setzen und möchte es vermeiden, als eine Bundeskanzlerin in die Geschichte einzugehen, die Russland verloren hat. ...

<https://snanews.de/20210820/merkel-bundeskanzlerin-geschichte-3304813.html>

abends/nachts:

snanews.de: Russland entwickelt neue Variante von Sputnik-Impfstoff gegen Delta-Stamm

Eine neue, dem Delta-Stamm des Coronavirus angepasste Variante des Impfstoffs „Sputnik V“ ist im Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau entwickelt worden. Das teilte der Leiter des Instituts, Akademiemitglied Alexander Ginzburg, am Donnerstag mit.

„Eine bereits fertige Vakzin-Struktur wird im Kühlschrank aufbewahrt“, so Ginzburg. Er fügte hinzu, dass es verfrüht wäre, von der Wirksamkeit des Impfstoffs zu sprechen.

Eine hohe Sterblichkeitsziffer beim gleichzeitigen Rückgang der Erkrankungshäufigkeit in Russland ist nach Auffassung des Wissenschaftlers auf die Dominanz des Delta-Stammes im Land zurückzuführen. Ginzburg schloss auch weitere Virusvarianten in Zukunft nicht aus. Deren Gefährlichkeit lasse sich jedoch nicht voraussagen.

Das Besondere am Delta-Stamm sei, dass der Infektionsprozess bei den Nicht-Geimpften anstatt zwei bis drei Wochen wie früher, nur vier bis fünf Tage dauere. Dabei brauche das Immunsystem bis zu 14 Tage für die Entwicklung von Antikörpern.

Zuvor hatte sich Ginzburg zu der Idee des Einsatzes von zwei Dosen des US-Impfstoffes Pfizer in Kombination mit dem russischen Vakzin „Sputnik Light“ geäußert. Nach Meinung des Wissenschaftlers sei „Sputnik Light“ als dritte Komponente zu einem besseren Schutz gegen den Delta-Stamm bei denjenigen notwendig, die sich mit beiden Pfizer-Dosen hatten impfen lassen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/03/3061921_0:150:3375:2048_1920x0_80_0_0_9cf4d2eed5ec3c802a650e802a539c0f.jpg

snaneews.de: **Taliban-Gegner in Afghanistan bitten Westen um Waffen**

Die Widerstandskämpfer in der afghanischen Provinz Panjer, die nicht unter der Taliban-Kontrolle steht, bitten westliche Länder um Waffenhilfe. Das geht aus einer Erklärung des Führers der Widerstandsvereinigung, Ahmad Massoud, hervor, die in der „Washington Post“ veröffentlicht wurde.

Der in der Zeitung als Führer der Widerstandsfront Afghanistans bezeichnete Ahmad Massoud ist demnach Sohn des Feldkommandeurs und Führers der „Nördlichen Allianz“, Ahmad Shah Massoud, der ebenfalls gegen die Taliban gekämpft hatte und im September 2001 tödlich verletzt wurde.

Den Worten von Ahmad Massoud zufolge haben die USA und ihre Verbündeten das Schlachtfeld verlassen, aber Amerika könne immer noch ein „großes Demokratie-Arsenal“ sein.

„Zu diesem Zweck bitte ich die Freunde Afghanistans im Westen, uns in Schutz zu nehmen – in Washington und New York, vor dem Kongress und der Biden-Administration sowie in London, wo ich mein Studium abgeschlossen habe, und in Paris, wo in diesem Frühjahr meines Vaters gedacht und eine Gartenallee der Champs-Élysée nach ihm benannt wurde“, erklärte der Widerstandsführer.

Nach Behauptung Massouds sind Soldaten der afghanischen Armee, die sich mit Waffen und Kampftechnik in die Provinz Panjer begeben würden, sowie Sondereinsatzkräfte seinem Aufruf gefolgt.

„Was auch immer geschehen mag, ich und meine Modsched-Kämpfer werden Panjer als letztes Bollwerk der afghanischen Freiheit verteidigen. Unser Kampfgeist bleibt unverletzt. Wir wissen aus unserer Erfahrung, was uns bevorsteht. Aber wir brauchen mehr Waffen, mehr Munition und mehr Kriegsgerät“, heißt es in der Erklärung.

Indes haben die von dem selbsterklärten Interimspräsidenten Afghanistans, Amrullah Saleh, befehligten Kräfte den Bezirk Charikar in der Provinz Parwan wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Es wird weiter gekämpft.

In der Provinz Panjer waren die Hauptkräfte der US-geführten Nato-Truppen stationiert.

Im Jahr 1996, als die Taliban die Macht ergriffen hatten, hatten sie die Panjer-Schlucht nicht einnehmen können. Der Leiter der „Nördlichen Allianz“, Ahmad Shah Massoud, der sich in Panjer etabliert hatte, leistete ihnen Widerstand. In den 1980er Jahren kämpfte er auch gegen die sowjetischen Truppen. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/13/3293188_0:274:2667:1774_1920x0_80_0_0_6680f1c877742ac2cde69ab6f5677084.jpg

de.rt.com: Borrell: **EU muss sich dringend gegen russischen und chinesischen Einfluss in Afghanistan wehren**

Der Fall Kabuls und die schnelle Machtergreifung durch die Taliban seien eine Katastrophe für die Glaubwürdigkeit des Westens, meint EU-Außenpolitikchef Josep Borrell. Brüssel müsse schnell handeln, bevor Moskau und Peking die Kontrolle über die Situation in dem Land übernehmen und die EU irrelevant wird.

Die EU muss sofort eingreifen und darf nicht zulassen, dass Russland und China die Kontrolle über die Situation in Afghanistan übernehmen und zu den Hauptakteuren in Kabul werden. Das erklärte der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik Josep Borrell am Donnerstagmorgen vor EU-Abgeordneten.

Er vertrat die Ansicht, dass die EU sofortige Maßnahmen in Afghanistan ergreifen müsse und hob hervor:

"Angesichts der beunruhigenden Bilder der Taliban-Übernahme müssen wir Europäer und die internationale Gemeinschaft uns fragen, was schiefgelaufen ist." ...

"Wir können nicht zulassen, dass die Chinesen und die Russen die Kontrolle über die Situation übernehmen und Kabul unterstützen, während wir irrelevant werden."

Um das weitere Vorgehen der EU zu besprechen, habe er für Dienstag ein Treffen mit den EU-Außenministern einberufen und wolle eng mit den USA zusammenarbeiten, um die diplomatischen Bemühungen zu intensivieren.

Der Hohe EU-Vertreter bezeichnete die Situation in Afghanistan als "Katastrophe für die Glaubwürdigkeit des Westens" und betonte, Brüssel müsse sich nun einer "schmerzhaften Realität vor Ort" stellen. Er fügte hinzu:

"Was geschehen ist, wirft viele Fragen über das 20-jährige Engagement des Westens in diesem Land und über das, was wir erreichen konnten, auf."

Die Lage in Afghanistan hat sich in den letzten Wochen nach der Entscheidung der USA, ihre Truppen abzuziehen, verschärft. Am 15. August drangen Kämpfer der Taliban in die afghanische Hauptstadt Kabul ein und erklärten, sie hätten die Kontrolle über das gesamte Land, einschließlich aller größeren Städte und Grenzkontrollpunkte, übernommen. Am selben Tag floh der afghanische Präsident Aschraf Ghani aus dem Land.

Ghani wurde im September 2014 zum Präsidenten Afghanistans gewählt, womit zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine demokratische Machtübergabe stattfand. Seit seiner Wahl unterhält Ghani eine enge Beziehung zu den USA, die fast eine Billion US-Dollar in das Land gepumpt haben. Laut einer Studie der Brown University aus dem Jahr 2019 hat Washington seit 2001 rund 978 Milliarden US-Dollar in Afghanistan und Pakistan

ausgegeben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611e5ebd48fbef54f67c94f7.JPG>

snanews.de: **Zum Jahrestag des Falls Nawalny: EU fordert wieder seine Freilassung**

Vor dem Jahrestag der Notaufnahme ins Krankenhaus von Alexej Nawalny in Omsk hat der Europäische Auswärtige Dienst am Donnerstag erneuert gefordert, den Kreml-Kritiker freizulassen und den Vorfall zu untersuchen.

„Ein Jahr nach der Vergiftung von Alexej Nawalny am 20. August 2020 fordert die EU die Russische Föderation weiterhin auf, diesen Mordversuch in voller Transparenz und ohne weitere Verzögerung zu untersuchen und uneingeschränkt mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zusammenzuarbeiten, um eine unparteiische internationale Untersuchung zu gewährleisten“, hieß es in der Erklärung.

Die EU sprach auch wiederholt über ihre Besorgnis, dass Nawalny sich in Haft befinde, was die Organisation als „politisch motiviert“ ansehe. „Die Europäische Union fordert Russland erneut auf, Nawalny unverzüglich und bedingungslos freizulassen“, so das Dokument.

Am Mittwoch äußerte sich auch das russische Außenministerium zum Fall Nawalny. Die Beamten glauben, es sei eine geplante Provokation gewesen, um Moskau dadurch international zu diskreditieren.

„Gleichzeitig zeigen die Maßnahmen der BRD-Behörden und ihrer Verbündeten in den letzten zwölf Monaten eindeutig, dass eine geplante Provokation gegen unser Land durchgeführt wurde, um die Russische Föderation in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren und ihren nationalen Interessen zu schaden“, hieß es in einer Erklärung der russischen Behörde. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0b/1228148_40:0:1000:540_1920x0_80_0_0_9cc817adb

[b386e0162bac1ff5080767e.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/13/3295375_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_378454e095205db379bc1d677c3bdbd8.jpg)

snanews.de: **Telefonat Putin-Macron: Afghanistan, Iran, Ukraine und Bergkarabach im Mittelpunkt**

Die Präsidenten Russlands und Frankreichs, Wladimir Putin und Emmanuel Macron, haben am Donnerstag nach Angaben des Kremls miteinander telefoniert.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Lage in Afghanistan nach der Machtergreifung durch die radikal-islamische Bewegung Taliban. Die beiden Staatschefs wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und unaufschiebbare humanitäre Probleme zu lösen.

In diesem Zusammenhang sprachen sich Putin und Macron für das Engagement des UN-Sicherheitsrates und der G20-Ländergruppe bei der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Afghanistan aus.

Ausgetauscht wurden Meinungen zum Konflikt im Südosten der Ukraine. Putin machte seinen Gesprächspartner auf „destruktive Handlungen“ Kiews aufmerksam, das die Spannungen an der Trennlinie in letzter Zeit absichtlich schürt und provokatorische gesetzgebende Initiativen ergreift, die gegen die Minsker Vereinbarungen verstoßen.

Bei der Erörterung des iranischen Atomprogramms unterstützten die beiden Präsidenten den Vorschlag, Verhandlungen über die Wiederbelebung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplanes (JCPoA) wieder aufzunehmen.

Auf Macrons Bitte hin informierte Putin ihn über die Umsetzung trilateraler Vereinbarungen zu Bergkarabach vom 9. November 2020 und 11. Januar 2021.

„Die Lage in der Region ist im Großen und Ganzen stabil. Unternommen werden Schritte zur Wiederherstellung ökonomischer und logistischer Beziehungen im Südkaukasus“, hieß es in der Mitteilung.

Den Angaben zufolge wurden auch einige andere regionale Probleme erörtert, darunter in Afrika.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/13/3295375_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_378454e095205db379bc1d677c3bdbd8.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo wurde mit Antipanzergranatwerfern beschossen (3 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden

noch ermittelt.

de.rt.com: **Asylrecht à la Polonaise? Afghanische Flüchtlinge nach Belarus gedrängt**
Weißrusslands Grenzschutz wirft Polen den Versuch vor, eine große Gruppe Flüchtlinge gewaltsam über die Grenze nach Weißrussland zu drängen – größtenteils Afghanen. Und dies, obwohl sie den Polen gegenüber die Absicht erklärt haben wollen, Asyl zu beantragen. Der weißrussische Grenzschutz wirft dem offiziellen Polen vor, sich von größeren Gruppen von eindeutig schutzsuchenden Flüchtlingen durch Hinausdrängen über die Grenze nach Weißrussland "erlösen" zu wollen. Das weißrussische Staatskomitee für Grenzschutz hat dazu folgende Erklärung veröffentlicht:

"Vor den Grenzposten Russaki der Grenzschutzgruppe Grodno wurde am 18. August von polnischen Sicherheitskräften auf mehreren Militärfahrzeugen eine große Gruppe von Migrant*innen befördert. Und nun werden Versuche unternommen, diese gewaltsam in das Hoheitsgebiet der Republik Belarus hinauszudrängen. Die Flüchtlinge, unter denen sich zumeist afghanische Staatsbürger befinden, erklärten den Vertretern der polnischen Seite offen ihre Absicht, Asyl zu beantragen. Sie weigern sich, die Grenze nach Weißrussland zu überschreiten. Außerdem haben die Flüchtlinge aus Protest ein spontanes Biwak auf dem Gebiet Polens organisiert."

Auf einer vom weißrussischen Grenzschutz veröffentlichten Videoaufnahme wird einer der mutmaßlichen Flüchtlinge befragt:

- Sind [Sie] nach Weißrussland unterwegs?

- Nein, wir werden nicht [nach Weißrussland] gehen.

- Wieso?

- Wir kommen alle aus Afghanistan, und wie wir alle wissen, sind wir in einer sehr schweren Lage. In Afghanistan ist Krieg, ich habe meine Familie verloren, alles. Jetzt können wir in die EU – nach Polen und nach Deutschland.

Ein anderer betont:

- Wir sind nach Polen unterwegs. Nach Weißrussland wollen wir nicht.

Der erste bestätigte die Beobachtung der weißrussischen Grenzschützer:

- Man drängt uns, nach Weißrussland zu fahren. Aber von hier kommen wir gar nicht.

Ein dritter wusste zu berichten:

- Sie haben uns aus der Zentrale in der Stadt zur Grenze gebracht.

Er betonte, dass die polnischen Sicherheitskräfte sie zum Überqueren der Grenze nach Weißrussland drängen – doch man sei nicht gewillt, irgendeine Grenze zu übertreten: "Durch Polen hindurch und nach Europa" liege ihr Weg.

Das offizielle Polen male absichtlich ein falsches mediales Bild von der Lage, betonte der weißrussische Grenzschutz. Journalisten seien zum Ort des Geschehens eingeladen worden, denen die polnischen Sicherheitskräfte bewusst etwas vormachen sollen – so würden "einseitige Reportagen" entstehen, die die "völkerrechtswidrigen Handlungen" Polens vor der Völkergemeinschaft rechtfertigen sollen. So wurde etwa im Beisein der Journalisten Wasser an die Migrant*innen verteilt. Auch hätten die polnischen Sicherheitskräfte den Journalisten mitgeteilt, dass sich die Flüchtlinge bereits seit mehreren Tagen an der Grenze befänden und nicht unmittelbar an jenem Tag dorthin transportiert worden seien.

Ein ähnlicher Vorfall an der Grenze Weißrussland-Polen ereignete sich erst jüngst, am 13. August, am Grenzübergang Beljany, schrieb die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Versuche der Sicherheitskräfte Polens, Lettlands und Litauens, Migrant*innen auf weißrussisches Staatsgebiet zu befördern, habe der weißrussische Grenzschutz gemeldet. Die Menschen wiesen Anzeichen körperlicher Gewalt auf; einer von ihnen, ein irakischer Staatsbürger, sei später im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Der stellvertretende Kommandoleiter des weißrussischen Grenzschutzkomitees Alexei Sytenkow stellte in solchem Verhalten Rigas, Vilnius' und Warschaws Verstöße gegen in

geltenden Völkerrechtsverträgen enthaltene Normen bezüglich illegaler Migration fest. Nach Angaben des polnischen Innenministeriums wurden seit Anfang August an der polnisch-weißrussischen Grenze 1.935 Versuche der illegalen Einreise nach Polen registriert, schreibt die russische Nachrichtenagentur TASS. Der Grenzschutz konnte dabei 1.175 Versuche der Grenzüberquerung verhindern. 760 Ausländer seien festgenommen und in geschlossenen Zentren untergebracht worden. Zuvor hatten Polen und Litauen die Europäische Union zu härteren Maßnahmen gegen Weißrussland aufgefordert – wegen der Migrationskrise in der Region, die angeblich von Minsk ausgelöst worden sei.

Seit Jahresbeginn seien an der litauisch-weißrussischen Grenze über 4.000 illegale Migranten festgenommen worden. Das wären nahezu 50-mal mehr als im gesamten Jahr 2020. Die Migranten würden ferner versuchen, über Weißrussland nach Polen zu gelangen. Ende Mai erklärte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko, sein Land habe bisher als Barriere gegen die Ströme illegaler Migranten in die Nachbarstaaten gedient – dass aber angesichts des politischen Drucks aus dem Westen sich Minsk fragen könnte, ob es sich überhaupt noch lohne, dies weiterhin zu tun. Aufgrund der westlichen Sanktionen fehlen Weißrussland dazu Geld wie Kräfte, hieß es.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611e523d48fbef54fc10b547.png>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. August 3:00 Uhr bis 20. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaften: **GORLOWKA (Siedlung des Gagarin-Bergwerks); Staromichajlowka, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Infolge des Beschusses auf Staromichajlowka wurde ein Wohnhaus in der Kozjubinskij-Straße 42 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 33.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Israelischer Angriff aus Libanons Luftraum – Syriens Militär: "Die meisten Raketen abgeschossen"**

Die syrischen Luftabwehrkräfte haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag auf Ziele über Damaskus das Feuer eröffnet. Die israelische Luftwaffe hat vom libanesischen Luftraum aus Raketenangriffe auf Bodenziele geführt – die laut Syriens Militär größtenteils abgewehrt worden seien.

Die Heeresflugabwehr der Syrischen Arabischen Armee hat einen israelischen Raketenangriff auf Ziele in der Umgebung der Städte Damaskus und Homs größtenteils abgewehrt. Eine Quelle im Militär teilte der syrischen Nachrichtenagentur SANA mit, dass Maschinen der israelischen Luftwaffe am Donnerstagabend gegen 23.03 Uhr einen Raketenangriff von Libanons Luftraum aus – genauer, südöstlich von dessen Hauptstadt Beirut – führte, der "gegen einige Posten in der Umgebung von Damaskus und Homs gerichtet war".

"Unsere Luftabwehr stellte sich den Raketen der Aggressoren entgegen und schoss die meisten von ihnen ab; die Schäden infolge des Angriffs werden derzeit überprüft."

Die Israelischen Verteidigungskräfte verweigerten, wie es bei ihnen üblich ist, den von der russischen Nachrichtenagentur TASS angefragten Kommentar zu dieser Information.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611f793c48fbef760b4962bc.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 20. August um 9:00 Uhr 8116 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6471 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 756 Todesfälle.

de.rt.com: **Timanowskaja will für Polen an den Start gehen**

In einem Interview mit dem russischen Fernsehsender RBC sagte die weißrussische Athletin Kristina Timanowskaja, sie wolle sich um die polnische Staatsbürgerschaft bemühen und künftig für Polen antreten. Die Prozedur dafür solle in ihrem Fall beschleunigt werden.

Die weißrussische Leichtathletin Kristina Timanowskaja hat am Donnerstag angekündigt, sich um die polnische Staatsangehörigkeit zu bemühen. Sie habe beschlossen, in Polen zu bleiben und auch für das Land als Sportlerin anzutreten, sagte die 24-Jährige dem russischen Sender RBC in einem Interview, das am Mittwoch ausgestrahlt wurde.

Sie fühle sich in Polen zusammen mit ihrem Ehemann sicher, könne aber den genauen Aufenthaltsort nicht nennen, da sie unter besonderem Schutz stehe. Das polnische

Außenministerium halte dies für angebracht. Die Sprinterin wurde in diesem Monat mit einem humanitären Visum von Warschau aufgenommen, nachdem es zu einem Streit mit der weißrussischen Olympiamannschaft gekommen war. Timanowskaja war nach eigenen Angaben von dem weißrussischen Trainer Moissewitsch und dem Kollegen Schumak, dem stellvertretenden Leiter des nationalen Trainingszentrums, unter Druck gesetzt worden. Die beiden Sportfunktionäre wurden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) von den Olympischen Spielen in Tokio ausgeschlossen.

Nach den Olympischen Spielen hatte sie am 15. August an einem Wettbewerb in Szczecin unter der weißrussischen Flagge teilgenommen. Die Sportlerin erklärte, dass sie noch immer weißrussische Bürgerin sei, eine Teilnahme unter neutraler Flagge wäre nur mit einer Sondererlaubnis möglich gewesen.

Um künftig für die polnische Mannschaft antreten zu können, wäre in der Regel eine Wechsel-Prozedur erforderlich, die drei Jahre dauert, so die Sportlerin.

"Aber wir werden darum bitten, dass sie für mich gekürzt wird, weil die Situation nicht sehr eindeutig ist. Wir hatten nicht vor, unsere sportliche Nationalität zu wechseln, aber die Situation war so, dass es eine Zwangsmaßnahme war. Ich habe mich entschieden, in Polen zu bleiben und für die polnische Nationalmannschaft anzutreten", so Timanowskaja.

Die Sportlerin erklärte im Interview auch, dass eine Rückkehr in ihre Heimat Weißrussland für sie nicht ausgeschlossen sei, selbst wenn sie unter polnischer Flagge antrete:

"Auch wenn ich für die polnische Nationalmannschaft laufe, hindert mich das nicht daran, zu meinen Eltern nach Hause zu kommen, sie zu treffen und meine Lieblingsorte in Minsk aufzusuchen. Wenn ich meine Sportnationalität wechsele, werde ich Polen vertreten, aber Weißrussland ist immer noch meine Heimat, ich werde immer wieder dorthin zurückkehren."

In Polen hat die weißrussische Athletin ein Stipendium erhalten, das ihr nach eigenen Angaben einen Neustart ermöglicht. Die derzeitige Unterkunft wird vom polnischen Außenministerium gestellt. Ihre Zukunft sehe sie jedoch ausschließlich im Sport, nicht in der Politik, bekräftigte Timanowskaja.

Polens Vize-Außenminister Marcin Przydacz begrüßte die Ankündigung der weißrussischen Sportlerin und schrieb auf Twitter:

"Wir freuen uns und gratulieren zu der Entscheidung. Polen ist das großartigste Land der Welt."

Er hoffe, dass es eines Tages auch in Belarus Bedingungen geben wird, unter denen jeder Belaruse sein Leben sicher und im Geiste der Freiheit verfolgen kann, schrieb Przydacz weiter.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611e9cda48fbef763b5cac4f.JPG>

Mzdnr.ru: Am 19. August wurden in der DVR 705 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 246 positiv, bei 43 Patienten wurde die Diagnose Covid-19

klinisch gestellt.

Am 20. Augst um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 53.375 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5562 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.900 als gesund entlassen, es gibt 3913 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 194 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 15 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 122 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2179 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 952 mit Sauerstoffunterstützung (+79 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

de.rt.com: Russischer Außenminister erklärt: "Taliban kontrollieren noch nicht das ganze Land"

Noch ist in Afghanistan nichts entschieden. Nordöstlich von Kabul formiert sich eine Widerstandsfront gegen die Taliban, erklärt der russische Außenminister Lawrow. Er fordert einen Dialog mit allen politischen Akteuren Afghanistans, damit eine neue Regierung gebildet werden kann.

Den afghanischen Nationalfeiertag nutzten Afghanen, um mit ihren Nationalflaggen gegen die drohende Herrschaft der Taliban zu demonstrieren. Hierbei sollen mehrere Menschen durch Schüsse oder bei der anschließenden Massenpanik ums Leben gekommen sein.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigte, dass sich Anti-Taliban Einheiten nordöstlich von Kabul im Pandschschir-Tal formierten und betonte, dass dieser Teil des Landes von strategischer Wichtigkeit sei. Während der Herrschaft der Taliban wurde die Region erfolgreich gegen die militant islamistische Gruppe verteidigt.

Angeführt wird der Widerstand durch Vizepräsident Amrullah Saleh und Ahmad Massoud, dem Sohn eines getöteten Anti-Taliban-Kommandeurs. Hierzu sagte Lawrow:

"Es gibt Berichte über die Lage im Pandschschir-Tal, wo sich der Widerstand des afghanischen Vizepräsidenten Saleh und Ahmad Massoud konzentriert. Die Taliban kontrollieren nicht das gesamte Gebiet Afghanistans."

Um Frieden im Land zu schaffen, müssten alle politischen Akteure des Landes in einen Dialog eingebunden werden. Nur dann könne eine repräsentative Regierung entstehen.

Vizepräsident Saleh sieht sich nach der Flucht des Präsidenten Ashraf Ghani als rechtmäßiger Präsident Afghanistans und Hüter der Verfassung. Das Taliban-Emirat sei weder "legitim noch national". Die internationale Gemeinschaft scheint dies nicht so zu sehen und spricht nur von der Machtübernahme der Taliban. Dem Aufruf, nach Pandschschir zu kommen und von dort aus den Widerstand gegen die Taliban zu organisieren, sollen nach Berichten inzwischen Zehntausende Angehörige der afghanischen Streitkräfte gefolgt sein.

US-Präsident Donald Trump hatte den Afghanistan-Einsatz seines Landes nach 20 Jahren beenden wollen und einen Friedensvertrag mit den Taliban geschlossen. Der teuerste und längste Krieg in der USA sollte mit dem Abzug der US-Truppen Geschichte werden. Sein Nachfolger Joe Biden zog die Truppen ab, es folgte eine massive Offensive der Taliban, bis diese am Sonntag auch die Hauptstadt Kabul einnahmen.

Der Washington Post teilte der Sohn des getöteten Anti-Taliban-Kämpfers Massoud mit, man habe lange im Voraus Vorbereitungen getroffen, um sich verteidigen zu können:

"Wir haben Munitions- und Waffenvorräte, die wir seit der Zeit meines Vaters geduldig gesammelt haben, weil wir wussten, dass dieser Tag kommen könnte. Wenn die Taliban-Warlords einen Angriff starten, werden sie natürlich auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen."

Dabei betonte er, dass die Taliban nicht nur ein "Problem für das afghanische Volk" seien. Afghanistan würde zu einem Hort des radikalen Terrors, der nicht an den Grenzen des Landes scheitern wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611f7a7648fbef764472fe3a.jpg>

dnronline.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten im Rahmen der Reaktion auf Krisensituation und mögliche äußere Gefahren

Die Vertreter der Ukraine unterlassen die Versuche nicht, sich in den Augen der Weltöffentlichkeit als besorgt um die Eskalation an der Kontaktlinie, die sie selbst erzeugen, darzustellen. Das offizielle Kiew demonstriert weiter eine Instabilität des politischen Kurses und vertieft weiter die ohnehin schwierige Situation im Donbass.

Wir stellen weiter zunehmende Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen fest, die ständig von provokativen Falschmeldungen und unbegründeten Beschuldigungen an uns begleitet sind.

Besondere Besorgnis ruft der Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur hervor. Diese Sachverhalte zeugen nicht nur vom Unwillen des Kommandos der BFU, den Waffenstillstand einzuhalten, sondern demonstrieren auch vorsätzliche Versuche, lebenswichtige Objekte der DVR außer Betrieb zu setzen.

Unter Nutzung terroristischer Methoden der Kriegsführung destabilisieren die ukrainischen Kämpfer weiter die Lage. Allein im August dieses Jahres starb eine zivile Einwohnerin durch das Feuer der BFU und ein Mann wurde im Süden der Republik verletzt, 22 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Sachverhalte und Aufklärungsinformationen, halte ich es für zielführend, vom 23. bis 27. August eine weitere Überprüfung der Effektivität der gemeinsamen Aktivitäten von Zivilschutzministerium, Innenministerium, Staatssicherheitsministerium, Gesundheitsministerium, Verkehrsministerium zur Lösung von Krisensituation im Falle möglicher äußerer Gefahren von Seiten der Ukraine vorzunehmen. Eine systematische Kontrolle der Bereitschaft der staatlichen Strukturen zur Liquidierung von Folgen von Krisensituationen, ihr Niveau der Zusammenarbeit und der operativen Reaktion ist ein Unterpfand für die Sicherheit unserer Bürger und für einen zuverlässigen Schutz der Republik.

snanews.de: Luftbrücke aus Kabul: Über 1600 Menschen evakuiert – Geretteter beklagt fehlende Informationen

Die Bundeswehr hat seit Montag mehr als 1600 Menschen aus Afghanistan evakuiert. Im usbekischen Taschkent ist am Freitagmorgen eine weitere Transportmaschine mit 181 in Kabul aufgenommenen Menschen an Bord gelandet, twitterte die Bundeswehr. Gerettete berichten laut der Deutschen Presse-Agentur (DPA) von schlimmen Erlebnissen.

Unter den geretteten Menschen befanden sich laut Angaben der Bundesregierung bis zum frühen Donnerstagabend neben afghanischen Ortskräften und anderen Hilfsbedürftigen mindestens 244 deutsche Staatsbürger. Das seien weit mehr als ursprünglich erwartet. Es wird vermutet, dass sich in dem Land immer noch mehrere hundert deutsche Staatsbürger aufhalten. Laut der Deutschen Presse-Agentur (DPA) hat sich auf der Krisenliste des Auswärtigen Amtes inzwischen „eine mittlere dreistellige Zahl“ deutscher Staatsbürger registrieren lassen.

Ursprünglich seien es knapp 100 gewesen. Viele hätten sich aber wegen der dramatischen Lage nach der Machtübernahme der Taliban nachgemeldet. Die Zahlen sollen sich ständig ändern.

Am Donnerstag ist eine weitere Maschine mit Hunderten Geretteten in Frankfurt gelandet. Am Donnerstagmorgen befanden sich laut dem Auswärtigen Amt weitere insgesamt rund 500 Menschen an Bord zweier gecharterter Flugzeuge von Lufthansa und Uzbekistan Airways, die auf dem Weg nach Deutschland waren. Einem Lufthansa-Sprecher zufolge soll eine weitere Maschine am Nachmittag gelandet sein. In dem Airbus waren etwa 150 Menschen. Die Bundesregierung arbeitet seit der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban am Sonntag an der Einrichtung einer Luftbrücke, um Deutsche und Afghanen in Sicherheit zu bringen.

Die Geretteten berichteten nach der Ankunft in Deutschland von schlimmen Erlebnissen und chaotischen Verhältnissen am Flughafen in Kabul. Es war schrecklich, sagte ein Deutscher mit afghanischen Wurzeln, Mahmud Sadjadi. Er habe Tote gesehen und Schüsse gehört. „Hilflosigkeit, Hoffnungslosigkeit. Nur Chaos.“

Er habe eine Barriere der Taliban passieren müssen. Afghanische Sicherheitskräfte hätten geschossen. Er habe mitbekommen, wie Menschen gestorben seien. Ohne Pass sei kein Durchkommen zum Flughafen möglich gewesen, sagte Sadjadi laut DPA.

Er habe zwar der Bundesregierung für die Rettung gedankt, gleichwohl beklagte er aber auch fehlende Informationen. „Es gab keine Informationen, wo wir uns sammeln müssen, wann wir uns sammeln müssen“, bemängelte der evakuierte Mann. Er sei allein gelassen worden, auf seine Mails habe er keine Antwort bekommen. Andere Länder hätten ihre Leute mit Bussen eingesammelt und zum Flughafen gebracht. „Gott sei Dank ist alles gut gegangen“, sagte er. Ein weiterer Mann, der seinen Namen nicht nennen wollte, habe von organisatorischen Schwierigkeiten bei der Rückkehraktion erzählt. „Die Situation ist schwer und nicht leicht unter Kontrolle zu bringen“, sagte die Person laut der DPA. Die Menschen in Afghanistan bräuchten aber Hilfe. Die Welt müsse den afghanischen Leuten helfen, forderte er.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/14/3303645_0:151:3104:1897_1920x0_80_0_0_a765cf93e06eac004affa45ce8024537.jpg

de.rt.com: **Gazprom: Russland wird dieses Jahr 5,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas**

durch Nord Stream 2 pumpen

Die Gaslieferungen über die Nord-Stream-2-Gaspipeline könnten sich in diesem Jahr auf 5,6 Milliarden Kubikmeter belaufen. Das teilte der staatliche russische Energieriese Gazprom in einer Erklärung vom Donnerstag mit.

Das Nord-Stream-2-Projekt war im Juli zu 99 Prozent fertiggestellt. Das Pipeline-Verlegeschiff Fortuna arbeitet am letzten Abschnitt. Es wird erwartet, dass die Gasflüsse durch Nord Stream 2 bereits im Oktober beginnen werden, und die Liefermenge könnte die Erwartungen übertreffen, meinen Experten.

Dmitry Marintschenko, Senior Director für natürliche Ressourcen und Rohstoffe bei der Ratingagentur Fitch, sagte am Donnerstag gegenüber der Nachrichtenagentur TASS:

"Wenn wir davon ausgehen, dass die Pipeline im Dezember mit 70 Prozent ihrer Auslegungskapazität beladen wird und sich die Pipeline allmählich mit Gas füllt, so geht Gazprom davon aus, dass die vollständigen Lieferungen etwa im Oktober beginnen können."

Der stellvertretende Leiter des Energiesicherheitsfonds, Alexei Griwatsch, merkte an, dass, wenn die Lieferungen über Nord Stream 2 im Oktober beginnen, das Volumen der Gaslieferungen die derzeitigen Erwartungen übersteigen könnte. Er fügte hinzu:

"Es ist nicht auszuschließen, dass Europa bis Ende des Jahres beide [Nord Stream 2] Stränge in Betrieb nehmen muss."

Das Nord-Stream-2-Projekt besteht aus zwei Pipelines, die insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr von Russland durch die Ostsee nach Deutschland transportieren können. Der erste Strang der Pipeline wurde im Juni dieses Jahres fertiggestellt.

Nach der oben genannten Ankündigung Gazproms fielen die Gaspreise in Europa am frühen Donnerstag um 9,4 Prozent auf rund 480 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter, berichtete TASS unter Berufung auf Daten der Intercontinental Exchange (ICE). Bis zum Nachmittagshandel stiegen die Preise jedoch wieder auf rund 490 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611f8950b480cc0be4115ec5.JPG>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 14. bis 20. August 2021

In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka acht Granaten mit einem Antipanzergranatwerfer auf **Staromichajlowka** abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde der Zaun eines Wohnhauses in der Kozjubinskij-Straße 42 beschädigt.

In Richtung Gorlowka haben Strafruppen der 10. Brigade von den Positionen im Gebiet von

Leninskoje aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit automatischen Granatwerfern beschossen und 18 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen in Schirokino aus **Leninskoje** beschossen und sieben Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In der letzten Woche wurden insgesamt **25 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **12 Ortschaften**: Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, das Gebiet des Flughafens), Staromichajlowka, Losowoje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Belaja Kamenka, Leninskoje, Shabunki, Dolomitnoje, Golmowskij, Spartak, Wesjoloje und Krutaja Balka.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde ein Objekt der zivilen Infrastruktur beschädigt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Entsprechend den Punkten „e“ und „d“ der Maßnahmen waren die Einheiten der Volksmiliz der DVR zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Beschuss der ukrainischen Kämpfer gezwungen, **viermal das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu eröffnen und die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken**. Infolge der erwiderten Maßnahmen wurde **eine Mörsermannschaft der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte vernichtet**.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 188 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in zehn von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein Abwehrgeschütz „Schilka“ in der Nähe eines Wohngebiet von Tschernenko.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

drei gepanzerte Reparatur- und Bergungsfahrzeuge in einem Wohngebiet von Nowoselowka Wtoraja;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowomachmutowka.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

13 Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Walentinowka und sechs Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ an der Eisenbahstation in Konstantinowka;

ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nowoluganskoje.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer, zehn Panzerschlepper in der Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka;

zwei Schützenpanzerwagen in einem private Sektor am Rand von Marjinka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

drei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Jenseits der Abzugslinien, aber außerhalb der vorgesehenen Lagerorte für Waffen wurden 102 Schützenpanzerwagen und drei Abwehrgeschütze „Tunguska“ an der Eisenbahnstation in

Konstantinowka bemerkt.

An der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk wurden 23 Artilleriegeschütze „Pion“, 12 Haubitzen „Akazija“ und ein T-64-Panzer bemerkt.

An der Eisenbahnstation von Krasnoarmejsk wurden fünf Haubitzen D-44 festgestellt. Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren sie über alle solchen Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).

Nur die öffentliche Bekanntmachung von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, das eigene Leben und das von Verwandten und Freunden zu schützen.

Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das Monitoring mit Drohnen der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 93. und 25. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden sechs Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der ganze Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Krasnogorowka, Suchaja Balka, Rosowka, Granitnoje, Leninskoje und Mirnoje.

Wir erhalten weiter Mitteilungen von Bürgern der DVR und der Ukraine über Fälle von Überschreitung der dienstlichen Vollmachten durch Mitarbeiter von Spezialdiensten der Ukraine.

Seit dem 1. August hat die Abteilung des SBU in Mariupol die Tätigkeit zur Festnahme und Befragung von Zivilisten verstärkt, um diese der Unterstützung der militärischen Strukturen der DVR zu beschuldigen. Nach Mitteilung von örtlichen Einwohnern sind in den letzten zwei Wochen fünf Bürger der Ukraine vermisst, die die Grenze über die Passierpunkte Nowotroizkoje – Jelenowka überschritten, nachdem sie Verwandte in der DVR besucht hatten.

Wir haben einige Einzelheiten der Festnahmen von Zivilisten durch Mitarbeiter des SBU erhalten. So fordern die Kämpfer in erster Linie von einem Bürger, Dokumente, die seine Identität bestätigen, vorzuweisen. Mit Hilfe von spezieller Technik werden diese gescannt und an die Hauptabteilung des SBU geschickt, um eine Basis von Personen zu erstellen, die die Grenze überqueren. Diese Informationen plant der SBU zu nutzen, um die Werbeaktivität gegenüber Bürgern der DVR und der Ukraine, die häufig die Grenze überschreiten, zu verstärken.

Der Konflikt zwischen Nationalisten aus dem „Nationalen Korps“ und der derzeitigen Regierung der Ukraine verstärkt sich. Nach den Zusammenstößen am 14. August in Kiew zwischen Vertretern der Organisation „Nationales Korps“ und der Nationalpolizei der Ukraine sind in der Abteilung des SBU in Mariupol Anweisungen eingegangen, Objekte der radikalen Organisationen auf das Vorhandensein von Waffen, Drogen und extremistischer Literatur zu untersuchen.

Während man sich im SBU um die Aufdeckung neuer Opfer unter den Bürgern kümmert, um weitere staatliche Auszeichnungen und Geldprämien zu erhalten, werden in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS Pusch und Diebstahl populär.

In der letzten Woche hat die 72. Brigade von Verbrechern unter Leitung des Kommandeurs Bogomolow die OOS-Zone verlassen. Im Zeitraum ihres Aufenthalts wurden von der Bilanz der Brigade fiktiv 120 Antipersonen- und Antipanzerminen, 256 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 184 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschrieben. Außerdem wurden gemäß den Abschreibungsakten genau 36 Sätze Schutzausrüstung abgeschrieben, mehr als 2000 Meter Telefonkabel verausgabt, 27 Funkstationen zerlegt, 15 davon aus

amerikanischer Produktion von der Gesellschaft L3 Harris.

Das ist keine vollständige Liste des militärischen Material und der Technik, die das Kommando der 72. Brigade während des Aufenthalts in der OOS reibungslos auf Kampfhandlungen abgeschrieben hat, sondern genauer gesagt ist es das, was Bogomolow verkaufen konnte. Nach allgemeinen Berechnungen beträgt die Schadenssumme mehr als 100 Mio. Griwna.

Ein weiterer nicht wenig wichtiger Faktor, der deutlich die Aktivität des ukrainischen Militärkommandos charakterisiert, ist das anhaltende **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.**

So haben nach Ergebnissen der Arbeit einer Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 93. Brigade 70% des Personals nicht die Absicht, ihren Vertrag mit den ukrainischen Streitkräfte zu verlängern und in der OOS-Zone zu bleiben. Die Mehrzahl derjenigen, die nicht weiter dienen wollen, verweisen auf die ungünstigen Alltagsbedingungen und die Ausschreitungen von Seiten der Kommandeure.

Mehr noch, die Offiziere der Kommission ermittelten, dass Ende November dieses Jahres in der Brigade eine kritische Situation eintreten wird, weil bei fast 50% der Soldaten im Oktober und November die Verträge über die Fortsetzung des Dienstes auslaufen.

Das Kommando des Verbandes erwägt alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Personalausstattung bis hinzu gesetzwidriger Verlängerung der Verträge bis zum Ende der Stationierung der Brigade in der OOS-Zone.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen erleiden in den Verbänden und Truppenteilen der OOS weiter nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal.

Im Zeitraum vom 13. bis 20. August betrogen in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die nicht kampfbedingten Verluste vier Mann, darunter ein Toter:

Am 13. August unternahmen zwei Soldaten des 109. Bataillons der 10. Brigade – Cholinkow und Shilin – einen Versuch, eigenmächtig die Frontpositionen zu verlassen. In der Folge des Einsatz von Waffen durch den Kommandeur eines Zugs zur Festnahme der Deserteure erlitten die Flüchtlinge Schussverletzungen.

Am 16. August ging bei der Untersuchung der Örtlichkeiten im vorderen Bereich im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja durch Kämpfer des 1. Bataillons der 25. Brigade eine Mine los, die von den aus der OOS-Zone abgezogenen Kämpfer der 72. Brigade installiert worden waren. In der Folge der Detonation erlitt der Kämpfer der 25. Brigade, der Soldat Pustowojt, Splitterverletzungen.

Am 17. August starb der Gefreite Masur auf den Positionen des 2. Bataillons der 28. Brigade infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe.

Außerdem haben seit Beginn dieses Monats elf Soldaten den Stationierungsort der 56. Panzergrenadierbrigade, die in Mariupol stationiert ist, eigenmächtig verlassen, einer von ihnen starb unter unbekanntem Umständen.

Am Beispiel des freiwillig auf die Seite der DVR übergegangenen Soldaten Krassosow kann man sich ein weiteres Mal von der Unfähigkeit des ukrainischen Kommandos, das Personal zu kontrollieren, überzeugen, geschweige denn die Sicherheit von Leben und Gesundheit der unterstellten Soldaten zu gewährleisten.

So seltsam es ist, aber von der Abwesenheit eines Soldaten erfahren die ukrainischen Kommandeure eine Woche später aus der Presse und erst dann werden erfolglose dienstliche Ermittlungen durchgeführt. Im Falle des Soldaten Krassosow befasst sich bis jetzt ein Offizier der Abteilung für moralisch-psychische Betreuung der 53. Brigade, Oberleutnant Komandirow, mit der Ermittlung zu dessen Fehlen beim Dienst.

Auf den Übungsplätzen und Panzerübungsgeländen der Volksmiliz der DVR gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung weiter.

Unter Leitung von Instruktoren werden mit den einberufenen Soldaten Übungen zur Führung

von Militärtechnik, Herangehensweisen und Mittel des Schießens mit Schusswaffen, Waffen von Schützenpanzern, Schießen aus Panzern und zum Einsatz von herausnehmbaren Läufen durchgeführt.

Außerdem endet auf dem Übungsplatz „Swesdnyj“ die zweite Etappe der Wettbewerbe um die beste Panzermannschaft. An den Wettbewerben nehmen sieben Mannschaften teil, die im Ergebnis der ersten Etappe der Wettbewerbe die vordersten Plätze errungen haben.

Die Wettbewerbe werden auf einer ringförmigen Strecken mit einer Länge von fünf Kilometern durchgeführt. Die Sieger, die die Route schneller als die übrigen zurücklegen und eine größere Zahl von Zielen abschießen, werden an den Wettbewerben mit den besten Panzersoldaten der Volksmiliz der LVR teilnehmen.

snanews.de: US-Truppen in Zentralasien? Putin soll Bidens Vorschlag abgelehnt haben – Bericht

Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ vom gestrigen Donnerstag sprach sich Russlands Präsident Wladimir Putin beim Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Joe Biden in Genf im Juni dieses Jahres gegen eine Stationierung von US-Truppen in den Ex-Sowjetrepubliken Zentralasiens aus.

Demnach hatte Putin beim Treffen mit Biden in Genf eine Anwesenheit des US-Militärs in den zentralasiatischen Ländern für absolut unzulässig erachtet. Putins Absage an eine Stationierung amerikanischer Truppen im Präsenzgebiet der OVKS ist nach Darstellung der Zeitung ein Ausdruck für den Willen des Kremls, seine Machtposition in der Region zu erhalten. Ein ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums wird in dem Bericht mit den Worten zitiert: „Die Russen haben kein Interesse an US-Truppen dort hinten.“

Die USA hatten bereits Stützpunkte in Usbekistan und Kirgistan unterhalten, verließen diese Länder aber in den Jahren 2005 bzw. 2014. Kirgistan ist an der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) beteiligt. Auch die zentralasiatische Republik Tadschikistan ist Mitglied der OVKS. Außerdem gehören Kasachstan, Armenien, Weißrussland und Russland diesem Verteidigungsbündnis an. Als Teilnehmerstaat der OVKS unterhält Russland mehrere Stützpunkte in Zentralasien.

Angespannte Lage in der Region

Laut dem Bericht schränkt die Position Putins in Bezug auf den Vorschlag Bidens die militärischen Fähigkeiten der USA in der Nahost-Region erheblich ein. Dieses Problem sei nun zusätzlich durch den Zusammenbruch der afghanischen Regierung verstärkt worden. Die USA müssten nunmehr auf ihre Stützpunkte am Persischen Golf ausweichen, was die Kosten amerikanischer Militäreinsätze in die Höhe treibe.

Die zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan weisen eine gemeinsame Grenze mit Afghanistan auf. Diese Länder sind aufgrund der gegenwärtigen Lage in Afghanistan sehr beunruhigt. Auf sie kommen neben zunehmender Instabilität und terroristischer Bedrohung möglicherweise auch humanitäre Katastrophen infolge von Flucht und Vertreibung in Afghanistan zu. Afghanen sind bereits zu Tausenden aus Angst um ihr Leben vor den islamistischen Taliban in das Nachbarland Tadschikistan geflohen. Auch Russland beobachtet die Situation an der afghanisch-tadschikischen Grenze aufmerksam. Ein Übergreifen der Gewalt nach Zentralasien könnte im Rahmen der OVKS den Bündnisfall auslösen. Eine Entsendung russischer Truppen nach Afghanistan wird es nach Angaben des Kremls aber nicht geben.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/19/2962626_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_665e97b0495bdebd0c9dfe876ef2c61c.jpg

snaneews.de: **Nach etwa dreistündigen Gesprächen im Kreml: Putin lobt Dialog mit Merkel als konstruktiv und offen**

Nach seinem Treffen mit Angela Merkel in Moskau hat der russische Präsident Wladimir Putin den Dialog mit der Bundeskanzlerin innerhalb von vielen Jahren als konstruktiv und offen gelobt.

„Unsere Ansichten fielen nicht immer überein, aber unser Dialog zielte immer auf Ergebnisse und die Suche nach einem Kompromiss ab“, sagte der Präsident.

„Ich kann die Arbeit der Bundeskanzlerin nicht bewerten, das kann nur das deutsche Volk tun.“

Man habe unterschiedliche Ansätze, aber trotzdem „hat sich das Volumen und die Qualität unserer Beziehungen vergrößert“, betonte der Präsident.

Deutschland sei der zweite Handelspartner nach China, die deutschen Partner investierten laut Putin 18 Milliarden US-Dollar in die russische Wirtschaft.

„Das schätzen wir hoch.“

Merkel hob wiederum die Wichtigkeit offener Gesprächskanäle zwischen Moskau und Berlin hervor.

Man habe sich mit vielen kritischen Fragen konfrontiert gesehen, aber „trotz großer Differenzen“ sei es immer gelungen, eine Bewegung zu erreichen.

„Es bleibt aber viel zu tun“, so die Kanzlerin.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zum Auftakt ihres Treffens mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am Freitag dafür geworben, trotz der massiven politischen Spannungen im Gespräch miteinander zu bleiben.

„Ich freue mich, dass wir uns noch einmal vielleicht als Abschiedsbesuch, aber auch als Arbeitsbesuch hier im Kreml treffen können“, sagte die Kanzlerin am Freitag nach ihrer Ankunft in Moskau.

„Selbst wenn wir heute auch durchaus tiefgreifende Differenzen haben, so sprechen wir miteinander, und das soll auch weiter so geschehen um die deutsch-russischen Beziehungen zu klassifizieren und qualifizieren.“

Kurz zuvor hatte die CDU-Politikerin einen Kranz am Grab des Unbekannten Soldaten niedergelegt. Merkel erinnerte daran, dass vor 80 Jahren Hitler-Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte. Die Sowjetunion hatte im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Tote zu beklagen. Das Treffen von Putin und Merkel am heutigen Freitag hat einen besonderen Charakter - es ist das letzte Mal, dass die Bundeskanzlerin und der russische Präsident vor der Bundestagswahl im September zusammenkommen, und zugleich das erste Mal, dass sich die beiden nach dem Fall Nawalny gemeinsam Fragen der Journalisten stellen wollen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/14/3308211_0:0:3157:1776_1920x0_80_0_0_efee2e2cb9fe6538d1b14ca3fa2588c6.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin über die Lage an der Kontaktlinie vom 14. bis 20. August 2021**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angabe von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK **eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Nowoswanowka **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen. ...

In der letzten Woche wurden **10 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners in Richtung Popasnaja, Slawjanoserbsk und Debalzewo festgestellt, wobei **vier Ortschaften** beschossen wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betragen in der letzten Woche drei Mann, darunter zwei Tote. ...

Vor einem Jahr, **am 27. Juli 2020 trat der Komplex von Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung in Kraft.** Trotz der Erklärungen des

Verteidigungsministeriums der Ukraine, dass sie diese unterstützen, verletzt die ukrainische Seite weiter ihre Verpflichtungen und ignoriert den Koordinationsmechanismus.

Seit diesem Zeitpunkt wurden 503 Beschießungen des Territoriums der LVR festgestellt.

Es wurden 3357 Geschosse abgefeuert, darunter:

16 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm;

372 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm.

Infolge von Beschuss starben ein Zivilist und 16 Soldaten der Volksmiliz, 12 Zivilisten und acht Soldaten wurden verletzt. 29 Wohnhäuser und Objekte der zivilen Infrastruktur wurden beschädigt, darunter die Mittelschule Nr. 4 und der Kindergarten in Solotoje. ...

snanews.de: **Zwei chinesische Kosmonauten in freiem Weltraum eingesetzt – Nationale Raumstation im Bau**

Chinesische Kosmonauten sind am Freitag zum zweiten Mal von ihrer Raumstation Tiangong in den freien Weltraum ausgestiegen, teilte das Zentrale Fernsehen Chinas mit.

An Bord der Raumstation sind drei chinesische Kosmonauten – Crewmitglieder des Raumschiffes Shenzhou 12 – eingesetzt. Sie waren am 17. Juni 2021 aus dem Raumschiff in

das Basismodul Tianhe der im Bau befindlichen Raumstation Tiangong umgestiegen. Am Freitagmorgen (2:38 Uhr MESZ) hat Besatzungskommandeur Nie Haisheng die Luke des Moduls Tianhe geöffnet, wonach er und sein Kollege Liu Boming ins freie All ausstiegen. Die Kosmonauten hatten Außenbordraumanzüge der neuen Generation Feitian an, die von chinesischen Fachleuten entwickelt worden waren. Das dritte Crewmitglied, Tang Hongbo, blieb im Modul zurück, um die Arbeit der Geräte zu koordinieren und seine außenbords befindlichen Kollegen zu unterstützen.

Bei ihrem Außeneinsatz hatten die Kosmonauten unter anderem ein Pumpenanlage zu installieren, eine Videokamera hochzuziehen und eine Box für Instrumente an der Außenhaut des Moduls anzubringen.

Liu Boming und Tang Hongbo hatten sich bereits am 4. Juli im freien Weltall aufgehalten. Das war der erste Außenbordeinsatz von chinesischen Kosmonauten seit 13. Jahren.

In den zurückliegenden zwei Monaten hat die Besatzung Güter aus dem Raumfrachter verladen, Arbeiten zum Bau und zur Steuerung des Basismoduls ausgeführt sowie wissenschaftliche Experimente und technische Versuche durchgeführt.

Der Bau der chinesischen Raumstation Tiangong hatte offiziell am 29. April 2021 begonnen, als das Basismodul Tianhe im Orbit erfolgreich angekommen war.

Die Bauarbeiten sollen zum Jahr 2022 abgeschlossen werden. An Bord werden sich gleichzeitig drei Personen bzw. sechs Personen bei einem Besatzungswechsel befinden können.

Geplant ist, im Jahr 2022 ein Labormodul mit der Bezeichnung Wentian und ein Forschungsmodul, Mengtian, an die Raumstation anzukoppeln. Im Jahr 2025 soll ein autonomes astrophysikalisches Modul, Siuntian, gestartet werden, das periodisch zu Wartungsarbeiten an der Raumstation andocken soll.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/14/3300421_6:0:2938:1649_1920x0_80_0_0_2b1f3cdf0fa77668dcd5e3e1a5125ef9.jpg